

Hundt will Azubis abzocken

Unternehmerfunktionär und Minister fordern Kürzung der Ausbildungsvergütungen

Trotz der dramatischen Zahl fehlender Lehrstellen haben Unternehmer und Regierung den im Juni 2004 geschlossenen »Ausbildungspakt« als großartigen Erfolg gefeiert. Um das Maß voll zu machen, forderten sie bei einem Treffen des Lenkungsausschusses des »Paktes« am Freitag in Berlin auch noch die Kürzung der Ausbildungsvergütungen. Die am »Pakt« nicht beteiligten Gewerkschaften reagierten mit heftiger Kritik.

Der »Ausbildungspakt« habe sich »kolossal bewährt«, behauptete Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) im Anschluß an die Sitzung. Zudem forderte er ein Einfrieren der Ausbildungsvergütungen, die »ein echtes Problem für kleine und ertragsschwache Betriebe« seien. Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, plädierte für Öffnungsklauseln, mit denen die Bezahlung in einzelnen Betrieben gekürzt werden könnte. Den Gesetzgeber forderte Hundt zu einer entsprechenden Änderung des Berufsbildungsgesetzes auf, das die Unterschreitung der ortsüblichen Vergütung auf maximal 20 Prozent beschränkt. Darüber hinaus müßten alle tariflichen Übernahmeverpflichtungen ausgesetzt und die Arbeitszeiten für Azubis zwischen 16 und 18 Jahren »flexibilisiert« werden.

Eine »schiere Unverschämtheit« nannte Regina Görner vom IG-Metall-Vorstand diese Forderungen am Freitag in Frankfurt/Main. Sie seien »ein erneuter Beleg für die Unersättlichkeit, mit der Arbeitgeber Umverteilung zu Lasten der Gesellschaft betreiben«. Die Gewerkschafterin wies darauf hin, daß Auszubildende für die Betriebe nicht nur Kosten verursachten, sondern auch erhebliche Erträge erwirtschafteten. Statt einer Kürzung der Azubi-Gehälter forderte Görner - ebenso wie ihre Kollegin Sehrbrock vom DGB - die Einführung einer Ausbildungsumlage, mit der nicht-ausbildende Betriebe zur Finanzierung von Lehrstellen herangezogen würden. Sehrbrock verwies zudem auf das vom DGB propagierte Sofortprogramm zur Schaffung von 50000 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Nele Hirsch, schloß sich der Gewerkschaftskritik an und trat dafür ein, den »Pakt« offiziell zu beerdigen.

(AP/ddp/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/70470.hundt-will-azubis-abzocken.html>